

## **Synode des Evang. Kirchenbezirks Sulz a.N. am 18. November 2011 in Sulgen**

### **Bericht des Dekans**

Liebe Synodalinnen und Synodale, liebe Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute gebe ich Ihnen meinen letzten Bericht in meiner aktiver Dienstzeit. Die Wiederbesetzung ist in die Wege geleitet, meine Verabschiedung ist für den 22. April geplant. Als Thema über die folgenden Ausführungen formuliere ich

### **Kirchliches Leben und Arbeiten in Zeiten nachhaltiger Veränderungen**

Wir leben mitten im Sog ineinander greifender Veränderungen. Manche fallen stärker auf, wenn z.B. die Zahl der Gottesdienstbesucher zurückgeht, mehr Konfirmanden im Konfirmationsgottesdienst getauft werden, freiwerdende Pfarrstellen im ländlichen Raum schwerer zu besetzen sind oder Kindergartengruppen geschlossen werden müssen. Andere wirken eher unauffällig und schleichend wie z.B. die zurückgehende Zahl der Gemeindeglieder insgesamt, fehlende Mitarbeiter in der Jugendarbeit oder auch einfach eine wachsende Unkenntnis über die kirchlichen Strukturen bei Presse- und Rathausvertretern. Das alles aber führt dazu, dass das kirchliche Leben nicht mehr mit der gleichen Selbstverständlichkeit reibungslos verläuft, wie es noch vor 20 oder 30 Jahren der Fall war. Der bei den letzten Kirchenwahlen erkennbar gewordene Generationenwechsel macht sich auch dahin gehend bemerkbar, dass heutige Mitarbeiter weniger kirchlichen Stallgeruch mitbringen. Vorkenntnisse über Bibel und Kirche sind schon bei vielen Erwachsenen seichter geworden und fehlen bei Jugendlichen oft ganz. Die Weitergabe des Evangeliums in der kirchlichen Arbeit muss deshalb viel stärker elementar geschehen. Das Bedürfnis nach vertiefender Erkenntnis und Lehre, wie es traditionell in Bibel- und Gemeinschaftsstunden zum Tragen kam, wirkt heute fast als exotischer Luxus. Kirchliche Mitarbeiter, angefangen von den Pfarrern und Pfarrern über Gemeindediakone und Jugendreferenten und genauso die zahllosen Ehrenamtlichen sind in der Begegnung mit den Menschen unserer Zeit entsprechend intensiver herausgefordert und größeren Spannungen ausgesetzt. Die in diese Richtung gehende Entwicklung ist Teil eines gesellschaftsweiten Prozesses, aus dem sich keiner herausnehmen kann und der noch lange nicht zu Ende ist.

Das alles gehört zum Hintergrund der Entwicklungen, mit denen wir es auch in der Arbeit unseres Kirchenbezirks mit seinen 36 Kirchengemeinden und den bisher 37 Pfarrern und Pfarrern zu tun haben. Diese 37 Pfarrern und Pfarrern, zu denen 4 Theologenehepaare gehörten, verteilten sich auf 31,5 Pfarrstellen. Durch eine Häufung von Wechseln gerade in diesem Jahr gibt es gegenwärtig jedoch nur noch 26 Pfarrern und Pfarrern. 9 Pfarrstellen mit 11 Kirchengemeinden, also rund ein Drittel des Kirchenbezirks, sind nicht besetzt. Ich bin sehr froh, dass wenigstens für Fluorn eine rasche Lösung sich auftat, wenn dort bereits in drei Wochen mit Wolfgang Kilper ein neuer Pfarrer aufzieht. Ebenso wird Pfarrer Bernd Hofmann im Mai nächsten Jahres seinen Dienst in Rosenfeld aufnehmen. Bereits im Juli konnte die 2. Pfarrstelle in Oberndorf mit Marcus Götz, dem bisherigen Pfarrer zur Dienstaushilfe beim Dekan, vorläufig wieder besetzt werden, und für die auf 50 % reduzierte Pfarr-

stelle in Holzhausen hat sich seit September mit der von ihrer westfälischen Heimatkirche freigestellten Pfarrerin Friederike Schmalfuß eine befriedigende Lösung ergeben. Ohne die Unterstützung durch den neuen Pfarrer zur Dienstaushilfe beim Dekan, Thomas Villwock, der gegenwärtig mit Schwerpunkt in Fluorn und Schramberg eingesetzt ist, könnte die hohe Zahl an Vakaturen jedoch nicht bewältigt werden. Ebenso trägt auch Pfarrer Tobias Neumann aus Holzgerlingen, der seit September mit einem befristeten beweglichen Dienstauftrag schwerpunktmäßig in Trichtingen arbeitet, zur Entlastung der sonst überaus angespannten Kolleginnen und Kollegen bei. Ein Ende dieses Wechselprozesses ist noch nicht abzusehen, zumal ja auch mein eigener Eintritt in den Ruhestand nächstes Jahr sowie die Zur-Ruhe-Setzung des Schuldekans noch dazu kommen.

Derart schmerzliche Lücken tun sich nicht nur in der Pfarrrschaft auf. Seit Sommer dieses Jahres sind auch beide Jugendreferentenstellen beim Bezirksjugendwerk nicht mehr besetzt. Danny Müller hat schon im Frühjahr eine Stelle in Leonberg angenommen und Ute Grommes wechselte zum 1. August auf eine Stelle in der Schweiz. Eine voraus gegangene verheißungsvolle Bewerbung ist leider gescheitert und bis jetzt hat sich nichts mehr bewegt. Dazu kommt, dass durch den Wechsel von Pfarrer Kley auch die Stelle des Bezirksjugendpfarrers frei geworden ist und sich bis jetzt kein Nachfolger gefunden hat. Auch das trägt dazu bei, dass die Jugendreferentenstellen schwerer zu besetzen sind. Wir sind dankbar, dass wenigstens der Wechsel der Sekretärin beim Bezirksjugendwerk fast reibungslos vorstattengehen konnte und sich mit Frau Ingrid Ehlert eine kompetente Nachfolgerin für Frau Conny Sauter gefunden hat. Umso mehr ist es zu bewundern, dass der größte Teil der Veranstaltungen auf Ebene des Jugendwerks durch engagierte ehrenamtliche Mitarbeiter bisher weitergeführt werden konnte. Das ist alle Anerkennung und großen Dank wert!

Ebenso möchte ich an dieser Stelle all den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gemeinden herzlich danken, die jetzt die pfarrerlose Zeit überbrücken und ihr gemeindliches Leben aufrecht zu halten suchen. Das gelingt im Großen und Ganzen recht gut – dank dem zusätzlichen Einsatz benachbarter oder zusätzlich eingesetzter Pfarrerrinnen und Pfarrer und dank unserer Prädikantinnen und Prädikanten. Viele merken dabei, wie sehr sie doch darauf angewiesen (und auch daran gewöhnt) sind, dass sich jemand professionell um diese Aufgaben kümmert, und was fehlt, wenn Pfarrer oder Pfarrerin vor Ort nicht mehr regelmäßig präsent sind. Die Vakaturvertreter können und sollen diese Lücken ja nicht ausfüllen. Sonst kämen sie mit der Verdoppelung ihres Dienstumfangs nicht mehr zurecht. Umso mehr gebührt auch den Kolleginnen und Kollegen herzlichen Dank, die nun schon seit Monaten dafür sorgen, dass auch die Aufgaben in den benachbarten vakanten Gemeinden nicht ganz liegen bleiben. In diesen Dank möchte ich ausdrücklich auch die Ehepartner einschließen. In Zeiten zusätzlicher beruflicher Belastungen durch Vakaturvertretungen bekommen das die Pfarrfamilien deutlich stärker zu spüren.

Die gegenwärtige Häufung der Vakaturen ist sicher Ergebnis einer zufälligen Entwicklung. Sie hat ihren Grund darin, dass ein großer Teil unserer Pfarrrschaft inzwischen deutlich länger als 10 Jahre auf derselben Stelle weilte. Die Auswirkungen gehen jedoch sehr viel weiter. Sie

lassen uns etwas spüren von dem, was in der weiteren Zukunft durchaus zur Dauerwirklichkeit werden kann, und das verunsichert und weckt Ängste.

Tatsächlich zeichnet sich schon seit einiger Zeit ab, dass wir uns als Christen und als Kirche auf andere Verhältnisse einstellen müssen. Die Zeit der Privilegien, die die großen Kirchen in Deutschland bisher genossen haben, geht dem Ende zu. Es ist bezeichnend, wenn selbst der Papst bei seinem kürzlichen Deutschlandbesuch die Katholiken darauf einstellen wollte. Natürlich ist das ein Prozess, der nicht von heute auf morgen entschieden ist. Die Diskussionen werden noch Jahre dauern. Aber der Grundsatz des weltanschauungsneutralen demokratischen Staates wird sich auf Dauer durchsetzen. Die Gegner der kirchlichen Sonderstellung machen sich immer lauter bemerkbar, zuletzt letzte Woche im Rahmen der EKD-Synode in Magdeburg, als das Streikrecht in Kirche und Diakonie diskutiert wurde.

Natürlich bekommen wir solche Entwicklungen vor Ort kaum mit. Aber sie haben auch hier Auswirkungen. Über Internet und Fernsehen wird besonders die junge Generation von dieser Denkhaltung beeinflusst. Symptomatisch ist, dass in der überwiegenden Zahl unserer Gemeinden Jugendliche kaum oder gar nicht mehr vorkommen – von den Pflichtbesuchen der Konfirmandinnen und Konfirmanden im Gottesdienst abgesehen. Und wenn es um Wünsche und Anträge der Kirchengemeinden an die Kommunen geht, sei es bei Angelegenheiten des Kindergartens oder bei Veröffentlichungen im Mitteilungsblatt, so kann man auch hier wahrnehmen, dass die Grenzen enger gezogen werden und das Klima rauer wird. Und das liegt nicht nur am knappen Geld!

Die geänderten Verhältnisse schlagen sich noch deutlicher aber in nüchternen Zahlen nieder. Von 1997 bis heute ist die Gesamtzahl der Evangelischen im Kirchenbezirk Sulz von 42.000 auf 37.500 gefallen. Allein in den letzten 5 Jahren haben wir 2.200 Gemeindeglieder verloren. Dahinter steht vor allem der sog. Demografische Wandel, dass im Verhältnis zur Zahl der Sterbefälle zu wenige Kinder geboren werden. Wir gehen deshalb Zeiten entgegen, in denen der Anteil der über 60-jährigen in der Bevölkerung und erst recht in unseren Gemeinden mehr als augenfällig ist. Von einer Überalterung zu sprechen – hier schließe ich mich einer zuletzt beim Männervesper in Wittershausen von Bischof Huber zitierten Formulierung an – wäre jedoch irreführend. Wir leiden eher unter einer Unterjüngung.

Neben dem Rückgang der Geburtenzahlen und dem damit verbundenen Sterbeüberschuss spielt in unserem Raum aber auch noch die Landflucht eine Rolle. Die jüngere Generation, deren Arbeitsplätze meist in den Ballungsräumen liegen, verlässt meist das ländliche Elternhaus. Hier bleiben diejenigen, für die das Leben im Ballungsraum zu teuer oder zu aufreibend ist und die deshalb auf manche ortsnahen Vorteile zu verzichten bereit sind (das ist aber auch eine Chance!). Auch wenn hier die Infrastruktur an vielen Orten durch kommunalpolitische Maßnahmen in den letzten Jahren deutlich verbessert wurde, die langen Wege bis zur Autobahn oder dem nächsten Bahnhof, werden damit nicht kürzer. Das ist mit ein Grund auch dafür, warum sich für Pfarrstellen wie z.B. Röttenberg die Bewerber nicht reißen.

Kirchenaustritte bilden einen weiteren Faktor. Der schlägt sich aber gerade bei unseren ländlichen Gemeinden kaum nieder. Auch insgesamt liegt bei uns im Kirchenbezirk die Austrittsrate weit unter dem Landesdurchschnitt.

Die zurückgehenden Gemeindeglieder-Zahlen haben nun aber massive Auswirkungen. Einmal wirken sie sich bei der Höhe der Kirchensteuerzuweisung aus. Bei gleich bleibenden Aufgaben, die finanziert werden müssen, stehen damit zugleich weniger Gelder zur Verfügung. Damit müssen die Gemeinden zurechtkommen. Die Ausgaben für angestellte Mitarbeiter im Mesner- oder Organistendienst, in der Hausmeistertätigkeit, in der Raumpflege, in der Kirchenpflege oder im Pfarramt büro bleiben fix und steigen tariflich von Mal zu Mal. Ebenso die Kosten für den Betrieb des Kirchengebäudes, des Gemeindehauses oder des Kindergartens. Wir müssen damit rechnen, dass eine einzelne Gemeinde in einigen Jahren nicht mehr in der Lage sein wird, diese Kosten mit den zur Verfügung stehenden Steuermitteln zu finanzieren. Natürlich wird und muss der Kirchenbezirk nach Lösungen suchen und die Gemeinden in ihrer Arbeit so gut es geht unterstützen. Aber ohne engere Zusammenarbeit über die bisherigen Gemeindegrenzen hinweg wird es kaum eine befriedigende Lösung geben. Hier werden wir noch hart an der Überwindung unseres Kirchturmdenkens arbeiten müssen.

Ähnlich sieht es bei der Zahl der Pfarrstellen aus. Nächste Woche wird die Landessynode die Zahlen des Pfarrplans 2018 beschließen und veröffentlichen. In unserem Kirchenbezirk können wir froh sein, dass der zu erwartende Einschnitt noch sehr moderat ausfallen wird. Am nächsten Dienstag wird der Pfarrplansonderausschuss sich erstmals treffen und mit den neuen Zielzahlen befassen. Angesichts der teils drastischen Rückgänge besonders bei kleineren Gemeinden wird es aber kaum möglich sein, Pfarrstellen mit einer Gemeindegliederzahl unter 800 noch mit 100 % weiterzuführen.

Ich sage das ganz offen, weil wir uns miteinander der Wirklichkeit stellen müssen. Nur so können wir die Herausforderungen bewältigen. Dazu gehört, dass wir auch nüchtern sehen müssen, dass Pfarrstellen mit einem auf 75 % oder gar 50 % reduzierten Dienstumfang in unserem Raum so gut wie nicht besetzbar sind. Umgekehrt würden sog. Fusionierungen, also das Verschmelzen bisher selbständiger Gemeinden, in vielen Fällen dazu führen, dass die bisher mit hoher Motivation engagierten Mitarbeiter sich mit der neuen, für sie unpersonlich und unüberschaubar gewordenen Größe nicht mehr identifizieren könnten und sich zurückzögen. Das kann und darf nicht das Ziel neuer Formen der Zusammenarbeit sein.

Wenn der Pfarrplanausschuss also vorschlagen sollte, dass einzelne Pfarrstellen nicht mehr mit dem bisherigen Dienstumfang weitergeführt werden können, dann soll das für die betroffenen Gemeinden ein Anstoß sein, über ihre Grenzen hinauszuschauen, auf benachbarte Gemeinden zuzugehen und gemeinsam zu fragen, welche Lösungsmöglichkeiten möglichst unter Wahrung der bisherigen gemeindlichen Identität für sie denkbar und realisierbar sind. Das könnte z.B. bedeuten, dass man sich miteinander eine Pfarrstelle teilt und die Verwaltung, also die Kirchenpflege vereinheitlicht wird. Die Zahl der KGR-Sitzungen der Einzelgemeinden müsste reduziert und auf das wirklich vor Ort Notwendige beschränkt werden. Pfarrer bzw. Pfarrerin müssten von administrativen und Zeit raubenden Vorgängen entlastet

werden. Dazu gehört auch die Überprüfung alter, lieb gewordener Traditionen wie z.B. der ausgedehnte Ablauf von Bestattungsfeiern. Dass es an vielen Orten keinen Beerdigungschor mehr gibt, wird es erleichtern, auch weitere Traditionen zurückzustellen. Das tut vielen weh, zugegeben, aber die nachwachsende Generation fragt eh kaum mehr nach Traditionen, und die erste Frage sollte sein: Wie kann das gemeindliche Leben lebendig gehalten werden, ohne dass Pfarrer oder Pfarrerin überall präsent sein muss.

Neben einem durch zwei oder drei Gemeinden geteilten Pfarramt sind natürlich auch andere Lösungen denkbar. In mehr städtischen Bereichen oder auch bei bisher schon eng zusammen arbeitenden benachbarten Gemeinden z.B. könnte auch die Abgrenzung der Pfarrbezirke geändert und so zugeschnitten werden, dass aus bisher drei Pfarrstellen etwa nur noch zwei werden. Auch die Zuständigkeiten müssten dann neu aufgeteilt werden. Es gibt also durchaus einige Lösungsmöglichkeiten.

Unser Dilemma heute ist, dass gegenwärtig der Druck in diese Richtung noch kaum besteht. Im großen Ganzen werden die meisten Gemeinden bis 2018 noch in der bisherigen Struktur weiter arbeiten können. Aber es zeichnet sich jetzt schon ab, dass die Zielzahlen des Pfarrplans 2024 sehr viel tiefere Einschnitte mit sich bringen. Dann wird es möglicherweise anstelle der heute 31,5 Pfarrstellen nur noch 25 geben. Und die Gemeindegliederzahl liegt 2018 bei voraussichtlich 34.000, 2024 bei 31.000 – vorausgesetzt die gegenwärtige Entwicklung setzt sich so geradlinig fort. Der Rückgangstrend kann sich aber durchaus auch wieder abschwächen, er kann sich aber auch noch beschleunigen.

Sie können jetzt sagen: „Zu der Zeit bin ich nicht mehr im Amt. Das überlassen wir der nächsten Generation.“ Das ist sicher eine Möglichkeit. Aber eine Möglichkeit der Vogel-Strauß-Politik. Denn wer den Kopf in den Sand steckt, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Weichen inzwischen unveränderlich gestellt sind, nachdem er mit dem Kopf wieder hochkommt. Nein, wenn uns wirklich daran gelegen ist, zum Leben der Kirche beizutragen, heute für morgen, dann müssen wir heute an den Lösungen für morgen arbeiten. Man muss das Dach neu decken, bevor es durchregnet.

Deshalb bitte ich Sie als die Vertreter der Gemeinden, sich in Ihren Gremien über diese Entwicklungen Gedanken zu machen. Ein starres Festhalten an dem, was bisher und schon immer war – und mit dieser weit verbreiteten Haltung müssen wir rechnen – hilft nicht weiter. Ängste und Unsicherheit verbreiten sich dort, wo man das Gefühl hat, dass man den Entwicklungen hilflos ausgeliefert ist. Wir haben heute die Chance, die Entwicklungen bewusst ins Auge zu fassen und uns rechtzeitig Gedanken zu machen, wie man das Beste daraus machen kann. Und das geht nur, wenn man sich selber einbringt, aktiv an den Veränderungen mitwirkt. Das sind entscheidende Einsichten aus dem Change Management, dem professionellen Umgang mit Veränderungen bei in Krisen steckenden Unternehmen. Heute haben wir noch die Möglichkeit, in Ruhe und überlegt die Prozesse zu betrachten, die Auswirkungen zu bedenken und die Weichen so zu stellen, dass wir mehrheitlich dahinter stehen können. Wenn wir damit noch einige Jahre warten, werden wir von den Entwicklungen überrollt und zu Entscheidungen gezwungen, die wir nur unter großen Schmerzen treffen können.

Das gilt nicht nur für unsere Kirchengemeinden. Das gleiche gilt auch für den Kirchenbezirk insgesamt. Bei der Herbstsynode letzten Jahres habe ich Sie über Überlegungen der Landeskirche informiert, die Grenzen des Kirchenbezirks an die Landkreisgrenzen anzupassen. Von Sommer 2010 bis Sommer 2011 haben dazu unter Leitung von Vertretern der Kirchenleitung mehrere Gespräche auf Ebene der betroffenen Kirchenbezirke stattgefunden. Es wurden Vorschläge erarbeitet, wie eine solche Anpassung mittelfristig erreicht werden könnte. Das Ziel der Vereinfachung der vorhandenen Strukturen stand dabei klar vor Augen. Und wie bei den einzelnen Gemeinden ging und geht es auch beim Wandel der Strukturen auf Bezirksebene um die Überwindung von Ängsten und Besitzstandsdenken und vor allem um die Frage, wie Kirchenbezirke und Kirchengemeinden in 10, in 15, in 20 Jahren beschaffen sein müssen, um das gemeindliche Leben auch weiterhin zu ermöglichen. Am Ende mussten wir jedoch nüchtern feststellen, dass der äußere Druck bisher nicht ausreicht, um die Ängste vor finanzieller Benachteiligung zu überwinden. Leider sahen sich auch die Vertreter des Oberkirchenrats trotz definitivem Interesse nicht in der Lage, zum Finanzausgleich eine Unterstützung zuzusagen. Ohne eine solche Förderung kommen wir jedoch kaum weiter.

Da eine solche Reform auf Freiwilligkeit basiert, reicht das Veto eines Bezirks, damit alles bleibt, wie es ist. Im Blick auf die weitere Zukunftsfähigkeit unseres Bezirks und seiner Gemeinden im Bereich Finanzen und Diakonie bedaure ich dieses Ergebnis sehr. Dafür werden wir in 10, 15 Jahren wohl die jetzt unterlassenen Schritte unfreiwillig und unter Schmerzen nachholen müssen. Deshalb möchte ich Sie an dieser Stelle nochmals ausdrücklich ermutigen, die Chancen, sich auf die veränderten Verhältnisse einzustellen, heute zu nutzen.

Hinweisen möchte in diesem Zusammenhang auf den immer wieder zu hörenden Einwand: „Warum müssen wir uns immer wieder mit Strukturfragen beschäftigen? Die halten uns doch nur vom eigentlichen Auftrag der Kirche ab!“ Vordergründig wirken solche Gedanken überzeugend. Bei näherem Hinsehen erweisen sie sich jedoch als kurzschlüssig.

Ja, der kirchliche Auftrag beinhaltet ganz zentral die Verkündigung des Evangeliums in Wort und Tat. Dazu gehören Gottesdienste. Dazu gehören Religions- und Konfirmandenunterricht. Dazu gehören seelsorgerliche Gespräche, Besuche bei Kranken und Alten, Angebote für Kinder und Jugendliche, die Begleitung und Ermutigung von Mitarbeitern usw. Dahinter stehen neben Pfarrer oder Pfarrerin immer auch eine ganze Reihe von angestellten und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Hauptamtlichen kosten Geld. Der Personalaufwand – auch verwaltungsmäßig über Kirchenpflege und Verwaltungsstelle – ist oft erheblich. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter werden nicht bezahlt, weil sie unbezahlbar sind. Aber auch ihr Dienst ist mit Auslagen verbunden, für die ihnen direkt oder indirekt Ersatz zusteht. Die Kirchengemeinderäte müssen in diesen Wochen wieder im Rahmen der Sachkostenpauschalierung über solche Ausgaben entscheiden.

Dann sind auch die genutzten Räume mit Kosten z.B. für Licht und Heizung verbunden. All dieser Gelder müssen aufgebracht und verwaltet werden. Und dazu gehört auch die Struktur

einer Kirchengemeinde, die Aufteilung in Gruppen und Kreise, die Zuordnung zu einer oder mehreren Kommunen, die Schwerpunkte im gemeindlichen Leben usw.

Darüber informiert zu sein und die Vorgänge am Laufen, am Leben zu halten, das Wichtige zu fördern, eben Schwerpunkte zu setzen, Mitarbeiter zu gewinnen und zu halten, das alles gehört zu den Aufgaben von Gemeindeführung und damit eben zur Aufgabe eines Kirchengemeinderats. Ohne Regelung dieser eben als nicht zentral angesehenen Bereiche können auch die zentralen Tätigkeiten nicht auf Dauer und für das Ganze der Gemeinde aufrechterhalten werden. Auch die „teure Gnade“ kostet Geld!

Streng genommen ist deshalb auch die für viele eher als lästig empfundene Entscheidung über den Haushaltsplan eine geistliche Aufgabe. Und deshalb ist es auch mit einer hohen geistlichen Verantwortung verbunden, wenn sich Mitarbeiter und Kirchengemeinderäte miteinander Gedanken machen, wie gemeindliches Leben auch in der weiteren Zukunft unter veränderten Bedingungen optimal weitergeführt werden kann.

Abschließend möchte ich noch kurz einen anderen Bereich der Entwicklung ansprechen, den der Ökumene. Der zurückliegende Papstbesuch hat viele Erwartungen auf eine engere Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche auf ein nüchternes Maß zurückgeschraubt. Aber nach wie vor zählt zuerst, mit welchen Menschen, welchen Personen wir es vor Ort zu tun haben, bei den Gemeindegliedern und Mitarbeitern der katholischen Gemeinden genauso wie bei den Pfarrern und pastoralen Mitarbeitern. Die Bereitschaft und Erwartung auch bei vielen Katholiken, mit den Evangelischen mehr zusammenzuarbeiten, ist gerade in Deutschland, im Kernland der Reformation, sehr groß und wird von der römischen Weltkirche eher unterbewertet.

Natürlich gibt es auch auf evangelischer Seite manche Vorbehalte. Diese hängen aber hauptsächlich mit dem zusammen, was uns von zentraler Stelle und lehrmäßig begegnet, als dass es der gelebten Realität in den katholischen Gemeinden entspräche. Ich kenne manche Katholiken, die in meinen Augen gute evangelische Christen sind. Dazu kommt der äußere Druck der Gesellschaft, die eh evangelische und katholische Kirche in einen Topf wirft und der Kirche insgesamt mit größerer Zurückhaltung begegnet. Müssen wir da nicht als evangelische und katholische Christen mehr zusammenstehen und die Fahne des Glaubens hochhalten?!

Um kein Missverständnis zu fördern: es geht nicht um eine Rückkehr nach Rom. Diese Lösung halte ich für ausgeschlossen. Es geht deshalb auch nicht um eine „Vereinigung“ oder gar Vereinheitlichung der beiden Kirchen. Nein, wir bleiben bewusst evangelisch und Katholiken bewusst katholisch, aber wir sind miteinander als Christen Glieder am Leib Christi. Deshalb können und sollen wir auch immer wieder Gelegenheiten nutzen, bei denen wir gemeinsam und geschlossen auftreten können – der Welt zum Zeugnis.

Deshalb freue ich mich, dass der Arbeitskreis Ökumene im Landkreis Rottweil, der ja schon seit einigen Jahren zwei bis dreimal jährlich zusammenkommt, gegenwärtig daran arbeitet,

einen gemeinsamen regionalen ökumenischen Kirchentag auf Landkreisebene durchzuführen. Dies könnte frühestens 2013, mit Rücksichtnahme auf die bei uns anstehenden Kirchenwahlen wohl eher 2014 umgesetzt werden. Die Vorstellungen sind noch nicht festgelegt, ob es zu dezentralen Veranstaltungen kommen soll, oder ob man besser einen oder zwei zentrale Orte heranzieht. Jedenfalls wäre ein solches Projekt eine gute Gelegenheit, in unserem Raum gegenüber der Öffentlichkeit deutliche Signale zu senden und Akzente zu setzen. Eh gibt es schon eine ganze Reihe von Bereichen, in denen wie selbstverständlich zusammengearbeitet wird, wie z.B. die Hospizarbeit, das jetzt neu eingeweihte regionale Hospiz in Spaichingen, die örtlichen Sozialstationen in Dornhan, Oberndorf und Schramberg oder die Arbeitsloseninitiative Bildung.Arbeit.Zukunft in Schramberg. Auch freue ich mich, dass es seit Anfang dieses Jahres möglich ist, in der Wochenzeitung WOM regelmäßig eine kirchliche Kolumne abzudrucken, wobei sich katholische und evangelische Autoren abwechseln. Hier wären wir übrigens sehr dankbar, wenn sich weitere Autoren für diese Aufgabe bereitfinden würden.

Dankbar schauen wir schließlich auf das Landesmissionsfest zurück, für das der Kirchenbezirk Sulz Ende Mai Gastgeber war. Wir haben diesem Fest einen nachhaltigen Stempel aufgedrückt, der landeskirchenweit mit großer Beachtung aufgenommen wurde. Ohne unbeschneiden zu werden, können wir sagen, dass dieses Landesmissionsfest Maßstäbe gesetzt hat sowohl in den Besucherzahlen wie bei der Zahl der vertretenen Missionswerke, der Zahl der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und den günstigen Kosten. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch nochmals all denen herzlich danken, die mit ihrem überaus großen persönlichen Einsatz diese dreitägige Großveranstaltung in einem Bezirk unserer mittleren Größe möglich gemacht haben.

Die Menschen in unseren Gemeinden sehnen sich nach Vorbildern für gelebten, sichtbar werdenden Glauben. Wir alle sind dazu herausgefordert und ermutigt, bei uns selbst und für uns selbst mit unserem Christsein ernst zu machen und so zu einem weiterführenden Leben in unseren Gemeinden beizutragen. Jeder und jede hat dafür andere Gaben, andere Kenntnisse und Erfahrungen, andere Schwerpunkte. Aber sie alle zusammen ergänzen sich zu dem wunderbaren Bild der blühenden Blumenwiese, mit der wir es in unseren Gemeinden zu tun haben, und für die es sehr schade wäre, wenn sie durch moderne Monokulturen ersetzt würden. Gottes Heiliger Geist greift viel weiter als unser enger Denkhorizont oft zulassen möchte. Gerade deshalb aber bin ich guter Zuversicht, dass unsere Gemeinden auch in der weiteren Zukunft leben und lebendig bleiben und wir gemeinsam die Herausforderungen dieser Zukunft angehen können.

*Dekan Claus-Dieter Stoll*